









### Reichsmilchgesetz und Markenmilch

Das Reichsmilchgesetz hat nun den Reichstag genehmigt worden, und dadurch sind auch die letzten Zweifel an seinem baldigen Inkrafttreten beseitigt worden. Für die Sonderprüfung wird es nun Aufgabe sein, sich auf die neuen Forderungen, die in ihrer Gesamtheit eine weitestgehende Unterstützung der Milchwirtschaftlichen Einzelbetriebe bedeuten, einzustellen.

Das Reichsmilchgesetz bringt auch die Markenmilch, Markenmilch ist eine hochwertige Milch, die unter besonderen Bestimmungen erzeugt, bearbeitet und vertrieben wird, und für deren besondere Güte und Güte die amtliche Milchmarke einer Sonderprüfung bedürftig ist. Markenmilch wird also in der Sonderprüfung auf deren Vollständigkeit der amtlichen Milchmarke der Sonderprüfungskammer eingetragene Marken.

Es ist noch nicht überall bekannt, daß auch in unserer Provinz den Sonderprüfungskammern bereits Milchüberwachungsstellen angegliedert sind, in welchen neben Vertretern der Sonderprüfung und Markenmilch auch landliche und häusliche Behörden vertreten sind. Die Überwachungsstellen verleiht nach eingehenden Beratungen des Vertriebes und der Milch, die sich auf 3 bis 4 Monate erstrecken, das Recht zur Markenprüfung und das Recht, die als Markenmilch in den Verkehr kommende Milch unter ständiger Kontrolle zu stellen, da ferner der Staat besonderer Beachtung und des Vorkaufsrechts anzuheben ist, die bei der Anwendung des Markenmilchgesetzes, das besonders die Bedeutung des Markenmilches wird also die Markenmilch eine wichtige Rolle spielen.

Vertriebung war die erste Sache, in welcher Markenmilch in den Handel kam, und zwar wurde bereits Ende letzten Jahres der Landratsamtsrat Müller, Neumarkt, die amtliche Milchmarke der Sonderprüfungskammer verleiht.

### Aus dem Verwaltungsbericht des Weißenfeler Kreisausschusses für das Jahr 1929

# Die Wohlfahrtspflege im Landkreis Weißenfels

#### I. Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Am Ende des Berichtsjahres fanden 1606 Kriegsbeschädigte, darunter 411 Schwerbeschädigte, in der Provinz. Infolge des Krieges sind 20 Kriegsbeschädigte, teils nachdrücklich anerkannt, teils aufgrund der außerhalb. Von den Schwerbeschädigten waren im Laufe ihrer Kriegsbefreiungszeit 36 monatlich arbeitsfähig. Den arbeitsfähigen Schwerbeschädigten konnte nur in wenigen Fällen Arbeit zugewiesen werden. Auch hier würde die folgende Arbeitsvermittlung im Juli 1929 in 7 Fällen nur auf Grund der 88 157 für die Kriegsbefreiung über den Besonderen Art und Maß der öffentlichen Fürsorge zur Verfügungstellungserklärung vom 29. März 1928 die folgende Kriegsbeschädigten einleiten. Es wurden Unterhaltungen im Gesamtbetrag von 268 930,00 M. 197 Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Verwundung oder sonstiger Arbeitsunfähigkeit oder arbeitslos waren, erhielten Leistungen aus Reichsmitteln, die durch die Fürsorgeeinrichtungen bewirkt wurden. Der hierfür aufzubringende Gesamtbetrag belief sich auf 23.241,50 M. Vom Landesfürsorgeverband Merseburg wurden im Berichtsjahre 2300 Reichsmark aus dem getrennten Geschäftsbereich für die Kriegsbefreiung Schwerbeschädigten durch den Reichsbrotverband zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wurde in zwei Abteilungen an 89 besonders bedürftige Schwerbeschädigte und Altersrentner gezahlt.

hätten sich erhalten solche Situat. wie bezüglich auf ihre Rentenbescheide eingeleitet sind.

Es entfielen auf eine Halbweife 10 930, auf eine Vollweife 15 930, auf ein Elternpaar 12,50 930, auf ein Elternpaar 21 930, auf einen Witwenbeihilfempfangen 20 930.

Im Gegensatz zu den Vorjahren, konnten in diesem Jahre infolge der schwierigen Finanzlage des Reiches Mittel für Winterhilfsleistungen (Kartoffel- und Kohlenbeihilfen) nicht zur Verfügung gestellt werden. Es wurden deshalb auf diesem Punkte Mittel vom Staat bereitgestellt. Mit Antrags wurden in 22 Fällen 1029 930,00 M. gewährt. Die Beihilfen wurden von den leistenden Behörden in Teilbeträgen einbehalten, und zwar in dem Maße, daß der Betrag im März 1930 wieder gezahlt war. Als Vorzugsmittel kamen nur sehr geringe Zuschüsse in Betracht.

Die für das Berichtsjahr 1929 überreichten Reichsanträge zu den Vermögenswerten für Hilfeleistung und Auszahlung der Beihilfen belaufen sich auf 3940 930,00 M.

**Kriegsunterbliebenenfürsorge.**

Im Berichtsjahre wurden rund 1050 Kriegsunterbliebenen, 1830 Witwen und Waisen, einschließlich unehelicher Kindern, sowie 400 Kriegerehepaare, Eltern etc. betreut. Die totale Fürsorge für Kriegsunterbliebenen erforderte höher einen Gesamtaufwand von 2108,40 930,00 M.

Es wurden aufgenommen: für ärztliche Behandlung, Arznei und Krankenbesuche, Unterhaltungen 1226,45 930,00 M., für Unterbringungen von Kriegsunterbliebenen in Winterbliebenenheimen inf. 510,85 930,00 M., für Winterunterbringungen (einmalige Beihilfe) 371,10 930,00 M., zusammen 2108,40 930,00 M.

Auf Verlangen der Fürsorgestellen wurden vier Witwen sowie zwei Kriegsbeschädigte mit je 200 930,00 M. aus der Spendenkassa des Reichsbrotverbandes mit 100 930,00 M. aus der Spendenkassa bedacht.

An Rentnanträgen auf Versorgungsbescheinigungen wurden bearbeitet und den zuständigen Versorgungsämtern zugeleitet: 58 Anträge auf Elternrenten bzw. Beihilfen, 10 Anträge auf Witwen- und Waisenrenten bzw. Beihilfen, 10 Anträge auf Elternrenten und Beihilfen von Kriegsbeschädigten für das Geschäftsjahr 1929, 148 Anträge auf Erziehungsbeihilfen (Verfahrenskosten), zusammen 226 Anträge.

Weiter wurden 51 Rentnanträge auf Kapitalleistungen für Witwenrenten bzw. für wirtschaftlichen Erwerb eigenen Vermögenswerten von Kriegsbeschädigten und Kriegsunterbliebenen eingeleitet und dem Hauptverwaltungsamt in Ansbach zugewiesen. Die Fürsorgestellen bei der Durchführung der Maßnahmen zur Hilfeleistung und zur Überwindung der bewilligten Maßnahmen zu übermitteln. Die Rentnanträge auf Kapitalleistungen haben sich von Vorjahren gegenüber fast verdoppelt.

# Aus dem Gerichtssaal

### Die Strafanträge

**im Eisener Arbeitsamtsprozeß.**

Der Staatsanwalt stellte dem Staatsanwaltschaftspräsidenten in dem ihn ein Anzahl von Beamten und Angestellten des Eisener Arbeitsamtes zu verurteilen haben, folgende Strafanträge: gegen den Angestellten Weisbach, Eisenh., 3 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrenstrafe, verliert 3 Jahre Unfähigkeit zur Beilebung öffentlicher Ämter, 1500 M. Geldstrafe, gegen den Sachbearbeiter Falkenhof, Eisenh., zwei Jahre Zuchthaus, 3 Jahre Ehrenstrafe, drei Jahre Unfähigkeit des Reichs zur Beilebung öffentlicher Ämter und 15.000 M. Geldstrafe, gegen den Lagermeister Winkler, Eisenh., 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 3 Jahre Ehrenstrafe, 5000 M. Geldstrafe, gegen den Angestellten Grunert, Eisenh., 1 Jahr Gefängnis, gegen den Angestellten Strauß, Eisenh., 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, gegen den Arbeiter Dampel, Eisenh., 1 Jahr Gefängnis, gegen den Kaufmann Werner Stephan, Halle, 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, gegen den Kaufmann Wehme, Eisenh., 5 Monate Gefängnis und gegen den Angestellten Sobel, Eisenh., 1 Monat Gefängnis mit Weibrückstrafe.

### Sind es nur Schulden

Schöffengericht Halle.

Über argen Betrübe im Fleischerbetrieb klagte ein von dem Schöffengericht Halle der Unterlagung angelegter Bierbrauer Richard R. aus Merseburg. Da wird in Merseburg und Umgebung viel gebaut, und die Bauarbeiter haben Durst, aber meist kein Geld, denn das fragen sie erst am Freitag. Da überkommt denn einer von den Arbeitlosen den Fleischerbetrieb gegen Provision von 1 Pfennig pro Glasche. Der pumpi dem Bierfahrer das Bier und pumpi an die Leute weiter. Am Freitag soll Abrechnung sein, aber dann hat von den Arbeitern der eine oder der andere meist in den Sad gebaut, und wenn der Vertrauensmann auch genug Schulden beim Bierbrauer hat, dann ist der mit einem Male auch verdursten. Das Geld ist auf diese Weise verloren, aber von ihm nicht unterzulegen, so betruerte der Angeklagte.

Das Urng im allgemeinen recht glaubwürdig. Andere Bierbrauer bestätigen, daß auch sie solche Betrübe gekannt hätten. Es war nur der eine Unterlieh dabei, diese hatten etwa 100 M. Verlust, der Angeklagte 787 M. im Laufe eines Jahres. Sollte er diese großen Kredite eingeräumt haben? Und dann hat er den Brauer in Leipzig diese Schuld schriftlich anerkannt für „faktierte aber nicht abgeleitete“ Beträge. Außerdem ist er in solchen strafrechtlichen Sachen kein unerschrockenes Blatt mehr. Da nahm das Gericht an, es möge zwar von der Schuldburde noch ein erheblicher Teil Verlust sein, aber nicht alles. Wegen Unterlagung erließ er zwei Monate Gefängnis, die noch mit einer früheren Strafe zusammenzurechnen ist.

luste gekannt hätten. Es war nur der eine Unterlieh dabei, diese hatten etwa 100 M. Verlust, der Angeklagte 787 M. im Laufe eines Jahres. Sollte er diese großen Kredite eingeräumt haben? Und dann hat er den Brauer in Leipzig diese Schuld schriftlich anerkannt für „faktierte aber nicht abgeleitete“ Beträge. Außerdem ist er in solchen strafrechtlichen Sachen kein unerschrockenes Blatt mehr. Da nahm das Gericht an, es möge zwar von der Schuldburde noch ein erheblicher Teil Verlust sein, aber nicht alles. Wegen Unterlagung erließ er zwei Monate Gefängnis, die noch mit einer früheren Strafe zusammenzurechnen ist.

### Ein Vater wegen Mißhandlung seines Sohnes zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Antsgericht Weißenfels.

Der Arbeiter Gustav R. aus Weißenfels war vor dem Amtsgericht der gefährlichen Körperverletzung angeklagt. Da er seinen 13jährigen Sohn Paul am 17. April d. J. in ungewöhnlicher Weise mißhandelt hatte. Dieser hatte ihm das Mittelfinger in einem Heftelkopf nach der Arbeitsstelle gebracht und war zu spät gekommen. Als Vater darüber geriet der Vater berank in Aufregung, daß er den Jungen zu Boden schlug, mit seinen hässlichen Schlägen nach ihm trat und dann nach dem Heftelkopf mehrmals auf den Kopf des Kindes schlug. Wie aus einem ärztlichen Urteil hervorgeht, war der Junge durch diese brutale Mißhandlung arg gefährdet worden, und der ganze Körper war voller Blutergüsse. Da der Angeklagte wegen Körperverletzung schon vorbestraft ist, erkannte das Gericht mit Rücksicht auf die große Gefährlichkeit auf 3 Monate Gefängnis.

### Urteil gegen Amtsrichter Schmöller anfochen.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin hat in seiner Sitzung vom 4. Juli 1930 mit folgendem Urteil: Das Urteil des Verwaltungsamtes des Kreisamtes Merseburg vom 5. September 1927 wird aufgehoben. Das Verfahren gegen den Amtsrichter Schmöller wird eingestellt. Die beiden Auslagen erster Instanz verbleiben zu Lasten der Kreis- und Kommunalbehörden des Kreises Merseburg, die beiden Auslagen zweiter Instanz zu Lasten der Staatskasse, ges. Dr. Geydell, Oberverwaltungsgerichtsrat.

### Wenn du jetzt in den Wald gehst.

1. Dann hüme hinein und jöhle und schreie aus Schweißströpfen. Das erhöht unbedingt die festerliche Ausbeuteleistung deiner Wildschilde.
2. Dann reiße Ähren und Ähren, dufende Blüten und sarte Stängelchen aus, wirf sie zu Boden und geriet sie. Das geht dir keine wahre Stärke. Hüßt deinen Körper und magst dich häufig zur Aufnahme in den „Rauhaufgehören“.
3. Auch solchen Straffereifast lasse dich zur möglichen Ruhe auf einer Bank der Verordnungsbehörde nieder, nimm dein wohlgeschliffenes Zehnfachmesser heraus und reiß in das Holz deinen Namen. Das macht dich berühmt und vor der Natur unterteilt.
4. Dann greife zum gefüllten Knauf, um einmal alles überfliegende Papier und wirf es dir, wenn es dich ärgert. Das erhöht naturgemäß den Wert der Rauhaufgehören.
5. Und günde dir in aller Gemisruhe eine Zigarette an, mir odhien das glühende Streichholz in dieses Gesenge. Der entstehende Rauch erhöht die Arbeitsfreudigkeit des forstlichen Jagemeisters.



**Omnibus-Sonderfahrten**  
nach  
**Bad Seeburg** und  
**Bad Rasenberge**  
veranstaltet  
**Verkehrsbüro Merseburg**  
Kleine Ritterstraße 3 — Telefon 2323  
Geschäftszeit: 8, bis 18 1/2 Uhr

**Briefkasten der Redaktion**

Wenn antworten auf die folgende Korrespondenz vom 20. Februar in der Redaktion befristet werden. Eine Karte mit der richtigen Aufschrift wird nicht übernommen.

K. St. Exzellenz ist eine Verbindung des besten deutschen Gemütskörpers mit Genußstoff. Eine solche geht Sand nicht ein.



Joseph Juno  
No. 10 JUNO  
O.M. rund



Die stets gleichbleibende  
CIGARETTE 4/3















# Museburger Courspendient

UNIVERSITÄTS- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

## Mitteldeutsche Neueste Nachrichten

Mit den Beilagen: „Amtsblatt des Stadtreges Merseburg“, „Illustrierte Beilage“, dem „Unterhaltungsblatt“, „Die Heimat“, „Saat und Ernte“, „Aus der Welt der Frau“, „Recht- und Steuerfragen“, „Gesundheitspflege im Hause“, „Die Welt der Technik“, „Handwerk und Gewerbe“, „Der Rundfunk“, „Wandern und Reisen“, „Auto und Kraftstoff“.

Verlagspreis: Für den jehmonatlichen Abonnement 12 M.; im Restmonat 70 M.; Familienabonnement 10 M.; für Offiziere und Angehörige 20 M.; Kassenlosg. Vorbestellungen erteilt. — **Rechtlich nach Z. 1.** — Hauptvertrieb: 10 Hauptvertrieb — Belegnummer nach Bedarf. — Geschäft der Hauptverwaltung 9 Uhr vormittags. Hauptgeschäftsstelle Merseburg: Al. Ritterstraße 3. Jahres-Sammlungen 2323. Postfachnummer: Leipzig 390 70. Zweigstelle: Emma: Industriest. 1. General: Amt Merseburg 3088. Postfachnummer: Leipzig 390 30.

Nr. 158.

Mittwoch, den 9. Juli 1930

57. Jahrgang

### 2146691 Arbeitslose

## Reichsbahn und Reichspost geben Arbeit

Dietrich und Stegerwald über die Ausdehnung der Krisenfürsorge

### Arbeitsbeschaffung das Gebot der Stunde

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit den Anträgen und Entschliessungen auf Ausdehnung der Krisenfürsorge.  
**Reichsfinanzminister Dr. Dietrich** führte aus: Die vorliegenden Anträge und Entschliessungen haben eine weitgehende finanzielle Zustimmung. Die beschriebene hier aufgeführte Förderung würde ungefähr 200 Millionen, die weitestgehende etwa 600 Millionen Mehrvermögen erfordern. Die finanzielle Lage haben ich schon dahin gekennzeichnet, daß uns zur Zeit 600 Millionen am Etat fehlen, die wir mit den eingebrachten Mitteln einschließlich Beitrags-erhöhung der Arbeitslosenversicherung und der Reformen decken wollen. Wenn nun durch die vorliegenden Anträge noch weitere 200 bis 600 Millionen Mehrvermögen entstehen, so ist die finanzielle Lage, die die Deckungsvorläufe zu machen, sich müßte im Augenblick und kann ich hier erklären, daß uns für derartige Anträge Mittel nicht zur Verfügung liegen und daß die Regierung nicht zur Verfolgung, indem sie die Anträge ausführt.

**Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald** wies darauf hin, daß Anträge auf Erweiterung der Krisenfürsorge immer getrennt seien und daß die Durchführung immer ihre Grenzen an dem Mangel finanzieller Mittel erkennen habe. Das habe gar nichts mit der sozialistischen Zusammenfassung der jeweiligen Regierung zu tun. Wir können nicht damit

rechnen, daß wir in kurzer Zeit über die Arbeitslosigkeit hinwegkommen, zumal in England und Nordamerika die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig noch höher ist als bei uns.

Nach den neuesten Zahlen haben wir jetzt 2 146 091 Arbeitslose insgesamt, die aus der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsfürsorge unterstützt werden. Wir können uns, die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms möglichst zu beschleunigen. Reichsbahn und Reichspost werden in nächster Zeit große Aufträge an die Wirtschaft geben. Dazu kommt dann das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, das Programm für den Wohnungsbau, den Straßenbau und die weitestgehende Arbeitslosenversicherung.

Im ganzen wird nahezu eine Milliarde zur Verfügung gestellt, und mit diesen Mitteln werden 200 000 bis 300 000 Menschen in der nächsten Zeit in Arbeit gebracht werden können. Das wird vor allem auch für die Bauarbeiter von großer Bedeutung sein.

Die Finanznot der Gemeinden wird in den nächsten Tagen in anderen Zusammenhängen erörtert werden. Es ist richtig, daß die Arbeitslosenversicherung nicht isoliert für sich betrachtet werden kann. Wir beachten mit der größten Aufmerksamkeit die Verhältnisse in der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge; im Herbst werden sich diese Verhältnisse besser überblicken lassen als jetzt.

### Aufträge zur Ankurbelung der Wirtschaft

## Aus Viertelmilliarde Überschuß der Reichspost

Ein großzügiges Arbeitsbeschaffungs-Programm

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat am Dienstag in einer öffentlichen Sitzung zusammen. Reichspostminister Dr. Siegel gab bekannt, daß die Postgewinne bis jetzt über 60 Millionen überschritten haben. Die in Juni und Juli gegebenen Schenkungen in Höhe von 113 Millionen sind sämtlich verteilt. Das Postgeschäft ist also um 173 Millionen entlastet worden. Infolgedessen bestehen keine Bedenken, auch den Teil der Beförderung an das Reich mit 41 Millionen abzuliefern. Das Entgelt des Jahres 1929 ist ein Gewinn von 227 Millionen, wovon das Reich insgesamt 151,5 Millionen erhielt. Die Jahresnachweisung wurde vom Verwaltungsrat genehmigt. Dann beschäftigte sich der Verwaltungsrat mit einem Nachtrag zum Geschäftsbericht für 1930. In der Mitteilung wurde der Personaletat genehmigt. Schließlich wurde noch über das

um rund 310 Millionen Mark hinter den vorgeschlagenen Etat zu erwarten, daß die Reichsregierung im Sinne des Schreibens des Präsidenten des Verwaltungsrates neben der noch ausstehenden Genehmigung der beantragten Personalvermehrung weitere Wege zu der unbedingt nötigen dauernden Verbesserung der Betriebsführung der Reichspost findet. Aus diesen Gründen hat der Verwaltungsrat die Frage der Gütertarifierhöhung zunächst weiter vertagt.

### Aus dem Reichstag

**Kritik am Deckungsprogramm.**  
Am Reichstag ging gestern trotz der formellen Ausschlußverweigerung der Deckungsfrage die finanzielle Debatte auf der Grundlage der zweiten Lesung des Etats für das Reichsfinanzministerium weiter. Der Christlichdemokratische von Siegel begründete die kritische Einstellung der Bauernpartei, wobei er hervorhob, daß eine Kampfanlage ihm ferngelegen habe. Mit Entschiedenheit wandte er sich besonders gegen eine Veräußerung der Steuereinnahme mit dem

### Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost

berichtet. Durch Einsparungen, Anleihen und einen Borgzins auf 1931 ist die Reichspost in der Lage, jetzt für 200 Millionen Mark Aufträge herauszugeben, noch Anfertigung wertig. Dabei soll ein Preisnachlass von 10 Prozent und die Einstellung neuer Arbeiter bei diesem Auftragsumfang erklärt, die mittels sich in der Frage des Lohnausbaus weder direkt noch indirekt ein. Die Beiträge sei vielmehr Sache der unmittelbaren Beteiligten. Die Begründung der Aufträge nach regionalen Gesichtspunkten sei von der Reichspost angelegt worden. Bis zum 1. Oktober können noch 100 Millionen aus der Postgewinnsteuern 100 Millionen aus erst noch zu gebenden Sachanweisungen herin. Von dem gesamten Auftragsbestand von 424 Millionen Mark seien dann 373 Millionen abgedeckt, so daß die Reichspost finanziell lenker für Weiterberatung am Mittwoch.

### Tagung des Verwaltungsrats der Reichspostgesellschaft.

Die geplante Gütertarifierhöhung zunächst vertagt.  
Am 7. und 8. Juli 1930 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspostgesellschaft in Stuttgart. Der Verwaltungsrat stimmt der Reichsregierung bei, daß im Interesse der deutschen Wirtschaft wie der mit dieser eng verknüpften Reichsbahn selbst eine möglichst wirtschaftliche Regelung der Arbeitskosten notwendig ist. Die beschriebenen Verhandlungen wegen Befreiung der nötigen Mittel sollen mit Reichsregierung fortgesetzt werden. Sobald die Mittel geliefert sind, sollen die Aufträge erteilt werden.  
Auch in der letzten Zeit ist die Einmündigung der Reichspost unumgänglich geworden. Vom Januar bis Juni 1930 sind die Geschäftsrechnungen

um rund 310 Millionen Mark hinter den vorgeschlagenen Etat zu erwarten, daß die Reichsregierung im Sinne des Schreibens des Präsidenten des Verwaltungsrates neben der noch ausstehenden Genehmigung der beantragten Personalvermehrung weitere Wege zu der unbedingt nötigen dauernden Verbesserung der Betriebsführung der Reichspost findet. Aus diesen Gründen hat der Verwaltungsrat die Frage der Gütertarifierhöhung zunächst weiter vertagt.

Der Reichspostminister Dr. Siegel erklärte, daß die Reichspost in der Lage sei, jetzt für 200 Millionen Mark Aufträge herauszugeben, noch Anfertigung wertig. Dabei soll ein Preisnachlass von 10 Prozent und die Einstellung neuer Arbeiter bei diesem Auftragsumfang erklärt, die mittels sich in der Frage des Lohnausbaus weder direkt noch indirekt ein. Die Beiträge sei vielmehr Sache der unmittelbaren Beteiligten. Die Begründung der Aufträge nach regionalen Gesichtspunkten sei von der Reichspost angelegt worden. Bis zum 1. Oktober können noch 100 Millionen aus der Postgewinnsteuern 100 Millionen aus erst noch zu gebenden Sachanweisungen herin. Von dem gesamten Auftragsbestand von 424 Millionen Mark seien dann 373 Millionen abgedeckt, so daß die Reichspost finanziell lenker für Weiterberatung am Mittwoch.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspostgesellschaft in Stuttgart. Der Verwaltungsrat stimmt der Reichsregierung bei, daß im Interesse der deutschen Wirtschaft wie der mit dieser eng verknüpften Reichsbahn selbst eine möglichst wirtschaftliche Regelung der Arbeitskosten notwendig ist. Die beschriebenen Verhandlungen wegen Befreiung der nötigen Mittel sollen mit Reichsregierung fortgesetzt werden. Sobald die Mittel geliefert sind, sollen die Aufträge erteilt werden.  
Auch in der letzten Zeit ist die Einmündigung der Reichspost unumgänglich geworden. Vom Januar bis Juni 1930 sind die Geschäftsrechnungen

### Auf der Suche nach dem Kompromiß

Neue Parteiführerbesprechungen beim Kanzler

Berlin, 9. Juli. (Z.) Ähnlich wie im letzten Jahr, so hat am Dienstag (Z.) die Parteiführung der Führer der Regierung stehenden Parteien wurde das Deckungsprogramm der Reichsregierung auf das eingehend erörtert, wobei die Parteien als Ergänzung dieses Programms Anregungen vorkrachten. Über diese Anregungen wird das Reichskabinett am Mittwochabend eine Entscheidung treffen und alsdann die Fraktionen darüber zur endgültigen Stellungnahme aufrufen.

An Ergänzung dieses wenig legenden amtlichen Berichts erfahren wir weiter:

Von den Vertretern aller Parteien wurden noch einmal grundsätzliche Bedenken gegen bestimmte Punkte des Deckungsprogramms vorgebracht, wobei insbesondere der Einkommensteuervorschlag zur Ausprägung stand. Einigkeit über die grundsätzliche Richtung der Parteien zu erzielen. Danach sollen sofort die Fraktionen zur Stellungnahme über die endgültige Entscheidung, die das Kabinett noch im Laufe des Mittwochabend mitteilen wird, aufgefordert werden. Am Mittwochabend soll das Kabinett dann über das weitere parlamentarische Verfahren be-

schließen. In politischen Kreisen wird nach wie vor angenommen, daß namentlich in der Frage der Kopfsteuer ein Kompromiß gefunden werden wird, der die Bildung einer breiten parlamentarischen Front gestattet.

Weiter wird berichtet, daß der alte Reformplan des vorkapitalistischen Abgeordneten Hoff, der eine Begrenzung der Darlehenshöhe des Reiches für die Arbeitslosenversicherung auf eine bestimmte Summe vorschlägt, sowie die Einführung der Kopfsteuer abgelehnt werden, mit in den Mittelpunkt der Abänderungen gestellt werden soll.

### Ein preußisches Sparprogramm

Berlin, 9. Juli. (Z.) Entsprechend dem vom Preussischen Landtag angenommenen Antrage, der verklärte Sparmaßnahmen fordert, bereitet die preussische Staatsregierung, wie der demotokratische Zeitungsbildung erklärt, ein großes Sparprogramm vor, das im Herbst dem Parlament als Gesamtsatz vorgelegt werden soll. Wie versichert, liegt das Programm u. a. in der Aufhebung von rund 100 Amtsgerichten und einigen Landesbehörden vor. Außerdem sollen etwa 50 Landräte und 3 Regierungspräsidenten aufgegeben werden.

## Panoeuropa-Sitzung im Auswärtigen Ausschuss

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Der Ausschuss wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird nachmittags mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist.

### Ein Kabinet Lipinski in Sachsen?

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

Die Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung haben gestern einen bescheidenen Schritt vorwärts gemacht. Während die Reichsparteien über erneuten Beratungen über eine „marginale“ Regierung infolge der negativen Haltung der Deutschen Volkspartei ergebnislos abreden mußten, haben die Sozialdemokraten und die Nationaldemokraten erklärt, daß sie sich nach wie vor bereit sind, an der Regierung teilzunehmen.

### Streik beim Klöckner-Konzern

Berlin, 8. Juli. (Eigene Meldung.) Die Verhandlungen zwischen der Direktion der Mannhölzer-Werke, die dem Klöckner-Konzern angehören, und außerhalb des Gebietes der Norddeutschen liegen, und Vertretern der Gewerkschaften über Gehaltsfragen sind dem „Berliner Tageblatt“ zufolge gescheitert.

### Einwürfe gegen einen deutschen D-Zug im polnischen Korridor.

Danzig, 9. Juli. (Z.) Der am Montagabend um 17 Uhr in Joppal angefahrene Berliner D-Zug ist in Polen auf der Strecke Gdingen-Rolleben mit Steinen beworfen worden, wobei eine Schelle zertrümmert und eine Dame verletzt wurde.

Danzig, 9. Juli. (Z.) Der am Montagabend um 17 Uhr in Joppal angefahrene Berliner D-Zug ist in Polen auf der Strecke Gdingen-Rolleben mit Steinen beworfen worden, wobei eine Schelle zertrümmert und eine Dame verletzt wurde.